



Nr. 37. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 23. Januar 1877.

Deutschland.

Berlin, 22. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatsarchivar, Geheimen Archiv-Rath Dr. jur. Strippelmann zu Marburg, den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Dem Kaiserlichen Berufs-Consulate zu Helsingfors sind die sämtlichen deutschen Wahl-Consulate in Finnland, nämlich die Consulate zu Borna, Björneborg, Ekenäs, Kristinestad, Vasa (Nikolaistad), Nykarleby, Uléborg, Viborg und Åbo unterstellt worden.

Den Gymnasial-Oberlehrern Dr. Adolf Wallachs in Flensburg und Dr. Peter Hennings zu Hujum ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

[Patente.] Preußen. Den Maschinenfabrikanten Gebrüdern Bülf zu Bromberg unter dem 16. Januar 1877 auf eine Erweiterung an Dampfmaschinen. — Dem Civil-Ingenieur C. Meinicke zu Görlitz unter dem 16. Januar d. J. auf eine Hubpausen-Sicherung für Dampfmaschinen mit Hilfsrotation. — Dem Spinnereibesitzer Premier-Lieutenant a. D. Brüning zu Bickenbach bei Ründeroth im Regierungsbezirk Köln unter dem 14. Januar 1877 auf eine Vorrichtung an Selbstspinnern, um das Zerteilen des Vorgesponnsten zu beseitigen. — Dem Maschinenmeister W. Nehring, sowie dem Architekten W. Schulken — beide zu Hamburg — unter dem 14. Januar d. J. auf ein Billardqueue, somit dasselbe für neu und eigenthümlich erachtet worden ist. — Dem Decorationsmaler August Krueger zu Königs-Lütter unter dem 14. Januar 1877 auf eine Maschine zum Aufladen von Chausseeschlamm in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne jemanden in der Anwendung befannter Theile zu beschränken. — Dem Herrn Emile Jean Baptiste Auguste Picard in Paris unter dem 18. Jan. d. J. auf ein durch Modell, Zeichnung und Beschreibung erläutertes Schloß. — Dem Mühlendirector Albert Zipsler zu Krakau unter dem 14. Jan. d. J. ein Patent auf die durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung von Schneidewahlen zur Umgestaltung von Getreidemühren in Griechenland, ohne jemanden in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 29. Nov. 1876, J. S. J. Brillwitz, Berlin, für Pierron u. Debatte in Paris, Spannmachine für Gewebe; 15. Dec. Theodor Tschannen, Saarburg, Krauschniedermaschine; 21. Dec. Ernst Robert Friedrich, Meerane, Waschetrockner. — Verlängert bis 15. Jan. 1878, Frist zur Ausführung des F. G. d. M. Thode u. Knoop, Dresden, für Alfred Brandt, Maschinen-Ingenieur, Zürich, 15. Januar 1876, auf eine Bohrmaschine mit Hydromotor ertheilten Patentes.

Bayern. Verliehen wurden: dem Maschinenfabrikanten A. v. Behn in München ein zweijähriges Privilegium auf den von ihm erfundenen Erzeuger; — dem Taverzier J. S. Schöberl in München ein 3jähriges Privilegium auf eine eigenthümlich konstruirte Schlaf-Chaise longue. — Dem Albr. Frdr. Ehard in München wurde sein Privilegium auf Eidographie bis 3. Sept. 1879 verlängert.

Berlin, 22. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute im Beisein des Gouverneurs, Generals von Bösen, und des Commandanten, General-Majors von Neumann, militärische Meldungen entgegen, hörten die Vorträge des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, und des Geheimen Cabinetsraths v. Wilmowski und empfingen Se. Königliche Hoheit den Großherzog von Weimar und den diesseitigen Botschafter am Kaiserlich österreichischen Hofe, Grafen Stolberg. Gestern empfingen Se. Majestät Se. Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht, Se. Kaiserliche Hoheit den Großherzog von Russland und das Präsidium des Herrenhauses und ertheilten dem französischen Botschafter, Vicomte de Gontaut-Biron, eine Privataudienz. Abends 9 Uhr wohnten Se. Majestät im Palais Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Carl mit der königlichen Familie und sämtlichen hier anwesenden fremden Herrschaften einer Trauerfeierlichkeit am Sarge der verewigten Frau Prinzessin Carl, königliche Hoheit, bei.

[Ihre Majestät die Kaiserin-König] wohnte gestern mit Sr. Königlichen Hoheit dem Großherzog von Sachsen und den Kindern der heimgegangenen Prinzessin Carl dem Gottesdienste in der Kapelle des Augusta-Hospitals bei. Beide Kaiserliche Majestäten empfingen den zur Condolenz hier eingetroffenen Erbprinzen von Hohenzollern, Se. Kaiserliche Hoheit den Großfürsten Vladimir; ferner die Stellvertreter der Großherzoglich badischen Familie, Oberhofmarschall Freiherrn von Gemmingen, das Präsidium des Herrenhauses und den Botschafter Frankreichs, Vicomte de Gontaut-Biron. — Die hier anwesenden Gäste des Kaiserlichen Hofs dinierten bei den Majestäten. Abends versammelte eine ergreifende Abschiedsfeier im Palais Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl sämtliche Mitglieder und Anverwandte der königlichen Familie.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern Vormittag dem Gottesdienste im Dom bei. Um 12 Uhr Mittags stattete Hochselbsteselbige der Kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten Vladimir von Russland im russischen Botschafts-Hotel einen Besuch ab, welcher bald darauf erwidert wurde. Um 5 Uhr Nachmittags nahmen die Kronprinzipalitäten am Diner bei Ihren Majestäten Theil, nachdem Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin Nachmittags Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin und Ihren Königlichen Hohenzollern und der Prinzessin Albrecht Besuch gemacht hatte.

Abends 9 Uhr waren die höchsten Herrschaften bei der im Palais Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl stattfindenden Trauerfeierlichkeit anwesend.

Gegen Mitternacht begab sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz in das Königliche Schloß zum Empfang der Leiche weiland Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Carl und deren Uebersführung in die Schloß-Kapelle. (Reichsanzeiger)

[Trauerfeier.] Auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs fand gestern in später Abendstunde im Palais Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl am Sarge der verewigten Durchlauchtigsten Gejubel eine Trauerfeier statt, welche beide Kaiserliche Majestäten, die Prinzen und Prinzessinen des Königlichen Hauses, die anwesenden fremden Fürstlichkeiten, der Oberst-Kämmerer Graf von Niedern, der Ober-Hofmeister Graf von Neuhofen, sowie die engeren Gefolge und der Hofstaat Ihrer Königlichen Hoheit der verewigten Prinzessin Carl bewohnten.

Der Königliche Domherr eröffnete die Feier mit dem Trauergesange: „Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben“, worauf die Trauerveranstaltung den ersten Vers des Liedes: „Was Gott thut, das ist wohlgethan“ sang. Der Schloßfarrer, Oberhof- und Domprediger Dr. Kögel, sprach alsdann die Serb-Liturgie und ein Gebet. Mit dem Gesange „Christus ist die Auferstehung und das Leben“ schloß die Feier.

In der Nacht wurde hierauf die hohe Leide vom Palais Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Carl nach dem Königlichen Schloß übergeführt und in der heutigen Stunden von 12 bis 4 Uhr, war den Personen, die Sei zu der Königlichen Hofmarschallanties mit Karten versehen waren, der Zutritt der Kapelle gestattet.

Der Sarkophag war auf der Estrade vor dem Altare niedergesetzt. Auf dem oberen Ende des Sarges ruhte die Krone; auf dem Sarge selbst, sowie

an den Seiten lagen in reichstem Schmuck Kreuze, Kränze und Palmen als Zeichen der Liebe und Verehrung. Neben dem Sarge befanden sich auf Taborets die Prinzliche Krone und die Orden der Hochseligen Prinzessin. Die Landaber ergossen ihr Licht über den Sarg durch den verdunkelten Raum.

Zum Ehrendienst waren befohlen: die Damen Ober-Hofmeisterin Gräfin v. Schwanenfeld, Hofsäume Gräfin B. v. Hade, Gräfin v. Schulenburg, Gräfin v. Blunau und Gräfin v. Westphalen; die Herren Hofmarschall Graf von Dönhoff, der diensthürende Kammerherr, Ceremonienmeister Graf Brühl und der Kammerjunker Graf v. Denhausen.

Die Ehrenwache am Sarge hatten der Major Freiherr v. Rosenberg vom Garde-Kürassier-Regiment, der Major v. d. Kneipek vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment und der Premier-Lieutenant Graf v. Pfeil vom Regiment der Gardes du Corps.

Aurichtige Theilnahme und innige Verehrung hatte eine zahlreiche Bürgerschaft versammelt, das in feierlich ernster Stimmung sich durch die Kapelle bewegte.

Zum Paradedienst in der Kapelle sind zwölf Unteroffiziere des 1. Garde-Fuß-Artillerie-Regiments commandirt, während die Schlosswache denselben in der Nacht ausführt.

Die feierliche Einsegnung der hohen Leiche findet morgen, den 23. Jan., Mittags um 12 Uhr, statt. (Reichsanzeiger)

[Militär-Wochenblatt.] Rippe, Major, agr. dem 2. Schlesischen Gren.-Regt. Nr. 11, in das 2. Ostpreuß. Gren.-Regiment Nr. 3 einrangiert. Wegener, Hauptmann und Compagnie-Chef im 2. Ostpreuß. Gren.-Regiment Nr. 3, unter Beförderung zum überzähligen Major, dem Regiment aggregirt. v. Schlichting, Major, agr. dem 6. Brandenburg. Infanter.-Regiment Nr. 52 in das Regiment einrangirt. Frhr. v. Strombeck, Major und Compagnie-Chef im 2. Brandenburg. Ulanen-Regt. Nr. 11, zum etatsmäßigen Stabs-offizier ernannt. v. Dreyß, Major, agr. dem 8. Westf. Inf.-Regt. Nr. 57 und commandirt zur Dienstleistung bei des Kronprinzen Kaiserl. u. Königl. Hobeit, und v. Albenstele, Major vom 2. Westf. Fuß-Inf.-Regt. Nr. 11 und commandirt als Adjutant bei der Großherzoglich Hess. (25.) Division, ein Patent ihrer Charge verliehen. Dalmer, Major vom 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, zum Bezirks-Commandeur des 1. Bata. (Ratowit) 4. Pos. Landw.-Regts. Nr. 59 ernannt. Patruny, Major, agr. dem 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, in das Regiment einrangirt. Steinbrunn, Hauptmann und Compagnie-Chef von dems. Regiment, unter Verleihung des Charaters als Major, dem Regiment aggregirt. Binnow, Prem.-Lieut. von demselben Regiment, zum überzähligen Hauptmann befördert. Kledl, Hauptmann und Compagnie-Chef vom 1. Brandenburg. Fuß.-Regt. Nr. 35, in das 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46 versezt. Rogge, Hauptmann und Compagnie-Chef im 4. Pos. Bata. Inf.-Regt. Nr. 21, unter Verleihung des Charaters als Major, dem Regiment aggregirt. Schneider, Hauptmann und Compagnie-Chef im 6. Pos. Bata. Inf.-Regt. Nr. 49, unter Verleihung des Charaters als Major, dem Regiment aggregirt. Naglo, Hauptmann und Compagnie-Chef vom 2. Pos. Inf.-Regt. Nr. 19, unter Beförderung zum überzähligen Major, dem Regiment aggregirt. Frhr. v. Schlotheim, Hauptmann von demselben Regiment, zum Compagnie-Chef ernannt. Voß, Hauptmann vom 1. Hannoverischen Feld-Art.-Regt. Nr. 10, unter Belaufung in seinem Verbältnis als Adjutant bei der General-Inspection der Artillerie, in das Niederschl. Feld-Artill.-Regt. Nr. 5, versetzt. Heyde, Hauptmann von der 4. Ingen.-Inf.-Regt. zum Major im Stabe des Ingenieur-Corps befördert. v. Schwarzkoppen, General der Infanterie, à la suite der Armee und commandirt nach Würtemberg z. zum Chef des 8. Westfäl. Inf.-Regiments Nr. 57 ernannt. de Bar, Rittmeister a. D., zuletzt Prem.-Lieut. à la suite des Garde-Train-Bataillons, mit dem Charakter als Hauptmann in der 6. Brigade angestellt. Lange, Vice-Fieldwebel vom Res.-Landw.-Regt. (1. Breslau) Nr. 38, zum Sec.-Lieutenant Reserve des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6 befördert. Schröder, Major vom 2. Ostpreuß. Gren.-Regiment Nr. 3, mit Pension nebst Ausicht auf Anstellung im Civildienst und der Regiments-Uniform der Abschied bewilligt. Milson, Major und Escadr.-Chef im 1. Leib-Husaren-Regt. Nr. 1, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pension und der Regiments-Uniform zur Disposition gestellt. Brentano, Major vom 6. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 52, mit Pension nebst Ausicht auf Anstellung im Civildienst und seiner bisherigen Uniform. Graf v. Hardenberg, Major vom 2. Brandenburg. Ulanen-Regt. Nr. 11, als Oberst-Lieut. mit Pension und der Uniform des Ulanen-Regts. Kaiser Alexander von Russland (1. Brandenburg) Nr. 3, der Abschied bewilligt. v. Bojan, Oberst-Lieut. z. D. und Bez.-Commandeur des 1. Bata. (Ratowit) 4. Pos. Landw.-Regts. Nr. 59, von dieser Stellung entbunden. Swiremann, Oberst u. Commandeur des Schlesw. Feld-Art.-Regts. Nr. 9, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pension und seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt. Et. Oberst-Lieut. u. Commandeur des Magdeb. Fuß-Art.-Regts. Nr. 4, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, als Oberst mit Pension und seiner bisherigen Uniform zur Disposition gestellt. Peters, Oberst vom Stabe des Ingen.-Corps und Abtheilungs-Chef im Ingen.-Comite, mit Pension und seiner bisherigen Uniform der Abschied bewilligt. Becher, Sec.-Lieut. a. D., zuletzt von der Res. des 2. Schle. Gren.-Regts. Nr. 11, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform der Reserve-Offiziere des gedachten Regiments ertheilt. Schimpff, Sec.-Lt. von der Landw.-Fuß-Art. des 2. Bata. (Beuthen) 2. Oberfleiß. Landwehr-Regiments Nr. 23 als Premier-Lieutenant der Abschied befürwortet. Kupfer, Corvetten-Capitän, zum Commandeur der See-Artillerie-Abtheilung ernannt.

[Berlin, 22. Jan. Staatsministerium.] — Die Welfenpartei. — Polizeianwaltschaft in den Städten. — Gestern hat eine Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten Camphausen stattgefunden, in welcher es sich nur um laufende Geschäfte handelte; u. A. stand auch die Beratung der Stellung, welche die preußische Regierung zu dem Reichs-Patentgesetz einnehmen wird, auf der Tagesordnung. — Neben dem Bündnis zwischen den Ultramontanen und den Socialdemokraten, welches bei Gelegenheit der Nachwahlen zum Reichstage offen zu Tage tritt, verdient auch das Verhalten der Welfenpartei in Hannover Beachtung. Ein Aufruf in der „Deutschen Volkszg.“, welcher die Wahl Brüssels befürwortet, sagt u. A. in gewis nicht miszuverstehender Weise: „Wir entfalten nicht das Banner einer Partei, wir erheben die Fahne unseres Landes. Auch unsere Väter haben schwere Zeiten erlebt, Krieg, Fremdherrschaft und Elend genug, aber sie verloren nicht den Glauben an den Sieg des Rechts, bis endlich nach zehnjähriger Fremdherrschaft die freuden Hoheitszeichen fielen und die alten hannoverschen Farben wieder in frischer Morgenluft wehten. Ob wir Gleiche erleben werden, steht bei Gott, aber bei uns steht es, das Erbe der Väter zu bewahren.“ — In einem Specialfall war von der Annahme ausgegangen worden, daß in denjenigen Städten, in welchen die Städteordnung von 1853 gilt, die Polizei-Anwaltschaften, falls mit ihrer Ausübung nicht ein anderer Beamter beauftragt wird, kraft des Gesetzes mit dem Amt des Bürgermeisters verbunden seien, und es deshalb der besonderen Ernennung des letzteren zum Polizeianwalt nicht bedürfe. Der Minister des Innern hat sich jedoch bei Gelegenheit dieses Vorganges dahin ausgedrochen, daß er, in Übereinstimmung mit einer früheren Entscheidung aus dem Jahre 1854, von der auch vom Justizminister getheilten Auffassung ausgehe, daß eine solche ausdrückliche Ernennung erforderlich sei, eine Auffassung, die auch durch § 32 der Strafprozeß-Ordnung von 1867 eine Bestätigung erhalten habe.

[Berlin, 22. Jan. Die Trauerfeierlichkeiten.] — Die Staatsberatungen. — Das Berggesetz. — Die Trauerfeierlichkeiten für die verewigte Frau Prinzessin Carl fesseln die volle Theilnahme der Bevölkerung. Gestern Abend 9 Uhr fand im Palais

des Prinzen Carl eine Trauerfeier statt, welcher beide Majestäten, sämtliche Mitglieder der königl. Familie, der Großfürst Vladimir von Russland, der außerordentliche Bevollmächtigte der Königin Victoria von England, sowie sämtliche zur Zeit hier anwesende fremde Fürstlichkeiten beiwohnten. Der Hof- und Domprediger Dr. Kögel hielt die Ansprache und verrichtete die Trauergesete. Nach Beendigung derselben wurde der Sarg von Unteroßfizieren der Garde-Artillerie auf den Leichenwagen gehoben und in die Schlosskapelle übergeführt. Die Hoffstaaten der verstorbenen Prinzessin folgten dem Leichenwagen dahin zu Fuß. An der Treppe, welche zur Schlosskapelle führt, erwartete Se. königl. Hoheit der Kronprinz und Se. kgl. Hoheit der Prinz Friedrich Carl den Sarg und geleiteten ihn bis zur Schlosskapelle. — Seit 12 Uhr Mittags war heut der Sarg in Parade aufgestellt. Für jede Stunde bis 4 Uhr waren besondere Karten ausgegeben. Ein nach vielen Tausenden zählendes Publikum passierte in diesen 4 Stunden die Schlosskapelle; es waren zu überwiegendem Theil Damen erschienen. Allen Zugelassenen war die Anlegung von Trauerkleidern zur Bedingung gemacht. Vor dem Altar der Schlosskapelle war der Katafalk von 4 mächtigen Landabern umgeben aufgestellt. Alle Flächen des Sarges waren von Palmen, Blumengewinden und Kränzen bedeckt. Zu Händen und zu Füßen ruhten auf silberdurchwirkten Kissen die Prinzessinnentrone, die Orden und Ehrenzeichen der heimgegangenen Prinzessin; zur Linken des Sarges stand der Hofmarschall des Prinzen, Graf Dönhoff, zur Rechten ein Kammerherr. Vor dem Sarge standen 3 Hofsäulen in tiefer Trauer. An den 4 Ecken des Katafalks hielten Stabs-offiziere die Ehrenwache und ein Lieutenant sowie einige Männer vom Regiment Garde du Corps waren in großer Paradeuniform am Ausgang aufgestellt, während den Hintergrund dicht vor dem Altar eine Anzahl Hofsägen füllten. In diesem Schweigen bewegte sich das Publikum langsam an dem Sarge vorüber zum Ausgang. — In dieser Schlosskapelle findet morgen Mittag um 12 Uhr der Trauergottesdienst statt. Nachts wird dann der Sarg nach Charlottenburg überführt und hier in der alten Schlosskapelle (nicht, wie es bisher hieß, im Mausoleum) beigesetzt. Die Arbeiten zur Fürstengruft in der Kapelle zu Nikolskoje bei Potsdam sind unverzüglich in Angriff genommen worden, und schon nach sechs Wochen soll dort die sterbliche Hülle der entschlafenen Frau Prinzessin Carl die letzte Ruhestätte finden. — Im Abgeordnetenhaus waren heute die sämtlichen Staatsgruppen in Beratung getreten. Allem Anschein nach werden die meisten Positionen kaum zu Debatten führen und die Staatsberatungen im Plenum sich schnell abwickeln. — Unter den dem Hause zugegangenen Petitionen werden jene aus Westphalen auf Abänderung einiger Bestimmungen des Berggesetzes doch wohl zu erheblichen Debatten führen. Die Petenten schilbern allem Anschein nach in etwas derb aufgetragenen Farben die Schäden der Grundbesitzer durch den Bergbau und klagen über mangelhafte Entschädigung der Besitzer. Es werden nun vier Hauptgesichtspunkte bez. der erforderlichen Abänderungen des Berggesetzes verlangt, wonach der Bergwertseigentümer zum Schadenersatz des beschädigten Grundstückes verpflichtet und demselben durch rechtskräftige Verurtheilung ein Titel zum Pfandrecht an dem Bergwertseigentum, bei dauernder Beschädigung des 20fachen Betrag des einjährigen Schadens leisten soll. Ferner soll der Erwerber eines Bergwerkes für die Schäden haften, welche bei der Erwerbung rechtskräftig festgestellt, über welche Processe anhängig oder welche 3 Jahre vor dem Erwerbe entstanden sind. Endlich wird ein beschleunigtes Verfahren vor den Gerichten in Form von Wechselfprocesen beantragt. — Dem Herrenhause ist ein kurzer Gesetzentwurf, betr. eine Abänderung des für das vormalige Königreich Hannover zur Anwendung kommenden Gesetzes über Gemeindeverträge und Landstrafen vom 28. Juli 1851 zugegangen.

** Berlin, 21. Jan. [Socialdemokratisches.] Auf Aussforderung des socialdemokratischen Comites hatte sich heute Vormittag in den Räumen des Louisenstädtischen Theaters eine zahlreiche Versammlung eingefunden. Wir schätzen die Zahl der Anwesenden auf wenigstens 2—3000 Personen. Der bekannte socialdemokratische Agitator und Reichstagsabgeordnete Möst sollte über die Bedeutung der Stichwahl des 3. Berliner Reichstagswahlkreises sprechen. Nach Bildung des Bureaus begann Herr Möst seinen Vortrag, indem er zunächst auseinanderholte, was Stichwahl eigentlich sei. Es ist eine Wahl, bei der ausgestoßen werden sollen verschiedene faule Punkte in der Fortschrittspartei, und bei der diese Partei selbst ausgestoßen werden soll und werden wird.“ Damit war der Übergang zu dem endlosen Sündenregister gegeben, das der Vortragende der Fortschrittspartei vorgeworfen hatte. Von all den schönen Versprechungen, mit denen sie bei ihrem Entstehen das „weltähnliche“ Volk gelobt hätte, haben sie keine gehalten. Solche Kleinigkeiten, wie z. B. das Freizügigkeitsgesetz, wurden selbstverständlich nicht erwähnt. Die Fortschrittspartei vertrete nicht die Interessen des arbeitenden Volkes, sondern nur des Großkapitals. Das beweise ihre Wirtschaftspolitik, in der sie das Prinzip des laisser faire, laisser aller predige, die absolut freie Conurrenz, die selbstverständliche den Arbeiter und kleinen Handwerker ruiniren müsse. Die Fortschrittspartei hätte „abgewirtschaftet“; Männer des Prinzip“ müßten an ihre Stelle treten und das wären die Socialdemokraten. „Jetzt, wo alle Geschäfte stören, bewilligt die Fortschrittspartei 5 Millionen zu einer — Ruhmeshalle, die dem etwas fadenschein

Nádov zu wählen sei. Mit der Beantwortung einiger Fragen Seiner Exzess des Vorstehenden schloß die Verhandlung. — Trotz dieser Anstrengungen, ist ein Sieg der Sozialdemokraten bei den Stichwahlen nicht zu erwarten. Die Liberalen haben ihre Unabhängigkeit aufgegeben und agitieren gleichfalls lebhaft in Wort und Schrift. Auch der Individualismus der Bürgerschaft ist Dank den sozialdemokratischen Siegen gewichen. Wro auch der Kampf heiß werden, so wird doch der Sieg voraussichtlich der liberalen Partei bleiben.

[Die „Deutsche Reichsglocke“ und das Centrum.] Die ultramontane „Kölnerische Volkszeitung“ versucht in einem Artikel, überzuheben: „Die „Deutsche Reichsglocke“ und das Centrum“, zu beweisen, daß irgend eine Beziehung zwischen dem Gehlsenschen Scandalblatt und der ultramontanen Partei niemals bestanden habe. Es kann zwar nicht in Abrede gestellt werden, daß namentlich manche kleinere, zumeist mit der Papierseere redigirte Blätter sich zweilen auch einen Ausschnitt aus der „Deutschen Eisenbahnen“ und der „Deutschen Reichsglocke“ einverlebt haben.“ Dagegen habe „kein größeres Organ der Centrumspartei jemals Herrn Gehlsens als eine Autorität bezeichnet und behandelt. Speciell die „Kölnerische Volkszeitung“ habe „schon geraume Zeit, bevor Herr Gehlsen die „Reichsglocke“ zu läuten anfing, in ihren Artikeln „Rheinisches Gründungswesen“ nachzuweisen versucht, daß Herr Gehlsen ganz so operire, wie ein Reptil hätte operiren müssen.“ Die interessanteste Stelle lautet dann wörtlich wie folgt: „Herr Legationssekretär a. D. v. Löe, welcher offen seine Verbindung mit Gehlsens zugegeben und nebenbei auf das „reinst blaue Blut“ in seinen Abern Bezug genommen hat, war bekanntlich bis zum Jahre 1874 Mitglied der Centrumspartei des deutschen Reichstages. Von da ab wurde er nicht wieder gewählt. Wir wissen zuverlässig, daß es den Regierungsorganen genau bekannt ist, wie viele Mühe man sich gegeben hat, diesem Herrn für die jetzige Legislaturperiode ein Mandat zum Abgeordnetenhaus oder dem deutschen Reichstage zu verschaffen. Allein gerade die Beziehungen zwischen Herrn Otto v. Löe und den Redactoren der „Reichsglocke“, Gehlsens und Meyer, waren für die einflußreicheren Mitglieder der Centrumspartei in der Rheinprovinz und Westfalen Veranlassung, ihrerseits jede Mitwirkung abzulehnen, trotzdem die hervorragenden Verdienste des Freiherrn Felix v. Löe um die Centrumspartei den Namen v. Löe zu einem der populärsten in den westlichen Provinzen gemacht haben.“ — Die Art und Weise, wie verschiedene Mitglieder der Centrumspartei sammt den Preßorganen derselben bisher jede Verbindung mit der „Deutschen Reichsglocke“ in Abrede stellten, gab schon viel zu denken; der Versuch der „Kölnerischen Volkszeitung“ aber, sogar Herrn v. Löe als „Reptil“ hinzustellen, macht denn doch gar zu sehr den Eindruck jener Ausreden, mit welchen sich erklappte Uebelhäher in ihrer Verzweiflung zu helfen suchen. Die „Kölnerische Volkszeitung“ hätte sich zum mindesten der Erklärung des Abg. Schröder-Lippstadt erinnern sollen, welcher offen zugestand, Herrn Gehlsens, da er dessen Vorgehen für vollkommen berechtigt hielt, manchen guten Rath ertheilt zu haben. Wird die „Kölnerische Volkszeitung“ vielleicht demnächst auch Herrn Schröder als Reptil aufmarschieren lassen?

[Ausprägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 13. Januar 1877 geprägt worden: an Goldmünzen: 1,097,685,200 M. Doppelkronen; 337,530,330 M. Kronen; hierauf auf Privatrechnung: 171,345,160 M.; an Silbermünzen: 71,653,095 M. 5-Markstücke, 76,718,018 M. 2-Markstücke, 143,512,165 M. 1-Markstücke, 50,193,095 M. — Pf. 50-Pfennigstücke, 35,717,922 M. 80 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nidellmünzen: 23,502,530 M. 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 11,657,813 M. 75 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 6,029,415 M. 94 Pf. 2-Pfennigstücke; 3,377,119 M. 13 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamttausprägung: an Goldmünzen: 1,435,215,530 M.; an Silbermünzen: 377,94,295 M. 80 Pf. an Nidellmünzen: 35,160,344 M. 45 Pf. an Kupfermünzen: 9,406,535 M. 7 Pf.

[Die Einnahme der Telegraphen-Verwaltung] für den Monat December 1876 hat betragen: 1,023,383 Mark; im December 1875: 892,532 Mark; mihi im December 1876 mehr 130,851 Mark. Für das ganze Jahr 1876 betrug die Telegraphen-Einnahme: 12,175,318 Mark, gegen 11,099,339 Mark im Jahre 1875; mihi im J. 1876 mehr: 1,075,979 M.

[Sr. Majestät Schiff „Gazelle“] ist, telegraphischer Nachricht zu folge, am 21. d. M. Nachmittags in Plymouth eingetroffen. — An Bord Alles wohl.

Bornik, 19. Januar. [Propst Nowacki.] Ueber die Einführung des Propstes Nowacki ist bereits berichtet worden. Tumulten war glücklicherweise vorgebeugt worden, weil dieselbe geheim gehalten worden war, jedoch waren für alle Eventualitäten auch mehrere Gendarmen von außerhalb herbeordert worden. Nur eine kleine am Abend umherziehende Menge, welche aus den untersten Volksschichten bestand, machte ihrem Unmuth in Schimpfworten Luft, sonst war äußerlich keine Aufregung zu bemerken, im Innern gährt es jedoch. Der Organist Kielczewski, der von der Regierung wohlgefällig hegeht worden, hat sein Amt gleich niedergelegt, und ist ihm in Folge dessen die freudige Aussicht eröffnet worden, seine heimliche Leberrstelle mit der in einer Dorfgemeinde vertraulich zu müssen. Ebenso hat der Kirchendiener gebannt, der auch froh war, diesen Posten kürzlich durch die Absetzung seines Vorgängers, wegen der bekannten Weigerung, die Kirche dem Oberpräsidenten aufzufüllen, erhalten zu haben, doch haben sich für beide Posten schon katholische Deutsche von selbst gemeldet und man hört wieder die Glöden erklingen, welche einige Tage geschwiegten hatten. Das Sanctissimum ist noch nachträglich fortgebracht, durch Gendarmen aber wieder requirierte worden. Die Messe ist noch nicht besucht worden. Der Haupicour steht Sonntag, wenn von außerhalb die Landleute zur Kirche kommen, zu erwarten.

20. Januar. In der vom Landratsamt-Berweser am 17. d. M. befreuen Sitzung überreichte der Kirchenvorstand, nachdem die Frage seines Vorhabens, ob der Herr Nowacki die missio canonica habe, von diesem dahin beantwortet worden war, daß die Erlangung derselben nicht seine Sache, sondern Sache der Königlichen Regierung, die ihm als Patron die Stelle verliehen habe, sei, einen von sämtlichen Mitgliedern mit Ausnahme des von der Regierung ernannten Mitgliedes, Hector Kafflers, unterschriftenen Protest gegen die erfolgte Einführung, da er, sowie sämliche Gemeindemitglieder durch den Verkehr mit dem ohne missio canonica eingeführten und dadurch dem Kirchenbau verfallenen Herrn Nowacki nach der Kirchenbannformel „os, orare, vale, communio, mensa negatur“ ebenfalls dem Kirchenbau verfallen würde. Dem Proteste ist die Bitte an die Königl. Regierung beigefügt, einen mit der missio canonica versehenen Priester schicken zu wollen.

21. Januar. Am heutigen Sonntag hielt unser neuer Propst, Herr Nowacki, den ersten Gottesdienst in der katholischen Kirche ab und alle Diener, welche geglaubt hatten, es werde Niemand in der Kirche erscheinen, fuhren sich bitter getäuscht, denn es hatten sich über 500 Andachtige eingefunden und ihre Zahl wäre gewiß eine noch grösere gewesen, wenn auch die gewohnten Orgelklänge nicht gespielt hätten. Hoffentlich wird bis zum nächsten Sonntag ein neuer Organist gefunden sein. Seminarlehrer Kielczewski in Rawitsch, Bruder des bisherigen Organisten, hat den Herrn Nowacki seiner Einführung auf telegraphischem Wege beglückwünscht. Zwei in ihrer Gesinnung feindliche Brüder!

(Pos. 31.) — ch. Von der sächsischen Grenze, 18. Jan. [Berlin-Dresdener Bahn. — Tschernajeff in Dresden. — Ein Kasper. — Schulwesen. — Hoftheater.] Der Ankauf der auf sächsischem Gebiet liegenden Strecke der Berlin-Dresdener Bahn durch den sächsischen Staat hat, wie jetzt bestimmt versichert wird, die Genehmigung der preußischen Regierung nicht erhalten, vielmehr hält man in Berlin an maßgebender Stelle an dem Plane fest, eine Bahn zu erwerben, welche direct in das Herz Sachsen führt. — Wie eine Sternschnuppe ist der General Tschernajeff in Dresden erschienen, um sofort zu verschwinden. Der noch vor wenigen Monaten von den Russen so gefeierte Mann hat, wie man hört, in der in Dresden lebenden russischen Colonie eine so kühle Aufnahme gefunden, daß seines Bleibens nicht war. Vorzugsweise haben die Berichte über die Verwendung der ihm von den Slavencomite's bereit gestellten Mittel diese ablehnende Haltung veranlaßt. — Das evangelisch-lutherische Landesconsistorium hat dem nach Chemnitz als Oberpfarrer berufenen freisinnigen Theologen, Superintendent Dr. Graue aus Jena plötzlich

die Bestätigung verweigert, nachdem derselbe nach Ablegung der in Sachsen üblichen Anstellungsprüfung bereits feierlich in sein neues Amt eingeführt war. Es ist das geschehen, obwohl dem Dr. Graue vom Consistorium eine Auslegung des sogenannten Religionsgesetzes gegeben war, wonach seiner dem Consistorium klar dargelegt ist, daß man nicht in Abrede gestellt werden, „daß namentlich manche kleinere, zumeist mit der Papierseere redigirte Blätter sich zweilen auch einen Ausschnitt aus der „Deutschen Eisenbahnen“ und der „Deutschen Reichsglocke“ einverlebt haben.“ Dagegen habe „kein größeres Organ der Centrumspartei jemals Herrn Gehlsens als eine Autorität bezeichnet und behandelt. Speciell die „Kölnerische Volkszeitung“ habe „schon geraume Zeit, bevor Herr Gehlsens die „Reichsglocke“ zu läuten anfing, in ihren Artikeln „Rheinisches Gründungswesen“ nachzuweisen versucht, daß Herr Gehlsens ganz so operire, wie ein Reptil hätte operiren müssen.“ Die interessanteste Stelle lautet dann wörtlich wie folgt: „Herr Legationssekretär a. D. v. Löe, welcher offen seine Verbindung mit Gehlsens zugegeben und nebenbei auf das „reinst blaue Blut“ in seinen Abern Bezug genommen hat, war bekanntlich bis zum Jahre 1874 Mitglied der Centrumspartei des deutschen Reichstages. Von da ab wurde er nicht wieder gewählt. Wir wissen zuverlässig, daß es den Regierungsorganen genau bekannt ist, wie viele Mühe man sich gegeben hat, diesem Herrn für die jetzige Legislaturperiode ein Mandat zum Abgeordnetenhaus oder dem deutschen Reichstage zu verschaffen. Allein gerade die Beziehungen zwischen Herrn Otto v. Löe und den Redactoren der „Reichsglocke“, Gehlsens und Meyer, waren für die einflußreicheren Mitglieder der Centrumspartei in der Rheinprovinz und Westfalen Veranlassung, ihrerseits jede Mitwirkung abzulehnen, trotzdem die hervorragenden Verdienste des Freiherrn Felix v. Löe um die Centrumspartei den Namen v. Löe zu einem der populärsten in den westlichen Provinzen gemacht haben.“ — Die Art und Weise, wie verschiedene Mitglieder der Centrumspartei sammt den Preßorganen derselben bisher jede Verbindung mit der „Deutschen Reichsglocke“ in Abrede stellten, gab schon viel zu denken; der Versuch der „Kölnerischen Volkszeitung“ aber, sogar Herrn v. Löe als „Reptil“ hinzustellen, macht denn doch gar zu sehr den Eindruck jener Ausreden, mit welchen sich erklappte Uebelhäher in ihrer Verzweiflung zu helfen suchen. Die „Kölnerische Volkszeitung“ hätte sich zum mindesten der Erklärung des Abg. Schröder-Lippstadt erinnern sollen, welcher offen zugestand, Herrn Gehlsens, da er dessen Vorgehen für vollkommen berechtigt hielt, manchen guten Rath ertheilt zu haben. Wird die „Kölnerische Volkszeitung“ vielleicht demnächst auch Herrn Schröder als Reptil aufmarschieren lassen?

Rauheim, 20. Jan. [Der hiesige evangelische Pfarrer Münch] ist wegen Majestäts-Beleidigung zu fünf Monaten Festung verurtheilt worden.

Darmstadt, 20. Jan. [Gesetzvorlage.] Nach dem soeben ausgegebenen Bericht des vierten Ausschusses, erstattet vom Abg. Welcker, wird der zweiten Kammer, aus Veranlassung des Gesuchs des Vorstands der orthodox-jüdischen Religions-Gesellschaft zu Darmstadt wegen definitiv rechlicher Trennung der orthodox-jüdischen Religions-Gesellschaften von den israelitischen Gemeinden im Großherzogthum Hessen und speziell in Darmstadt, ein Ersuchen an die Staats-Regierung um eine Gesetzvorlage empfohlen, nach welcher der Austritt

Darmstadt, 20. Jan. [Der Bischof von Mainz] war bekanntlich wegen nicht ordnungsmäßiger Besetzung der Pfarrrei Tafell von dem Bezirks-Gericht in Mainz zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Der Bischof, bzw. dessen Anwalt Dr. Dumont, recurritte gegen dieses Urtheil, da das Bezirks-Gericht, nach einer in Rheinhessen bestehenden Verordnung, nicht competent gewesen sei, über den Bischof abzuurtheilen. Das Obergericht schloß sich dieser Ansicht an und vernichtete das erstinstanzliche Urtheil, wogegen nun seitens des General-Procurators am Obergericht Cassation angezeigt wurde.

In gestriger Sitzung des Cassations-Hofes kam der Fall in höchster Instanz zur Verhandlung. Der General-Procurator beantragte Verwerfung des Cassations-Gesuchs. Die Urtheils-Publication wurde auf nächsten Montag vertagt.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. [Zur orientalischen Krise. — Parlamentarisches. — Zur Budget-Commission. — Porto-Ermäßigung — Eröffnung der katholischen Universität von Lille. — Denkmal für George Sand. — Zur Presse.] Das Misshingen der Conferenz veranlaßt heute die „Debats“ zu folgenden Betrachtungen: „Das Resultat ließ sich nur zu gut vorhersehen. Wir hätten vorgezogen, daß man ihm entgehen könnte und daß die Türkei die verminderten Forderungen der Conferenz annähme; sie hätte dieselben ohne Zweifel unter anderen Verhältnissen angenommen, man hätte ihr nur von Anfang an größere Schonung zeigen müssen. Der Türke verbringt die Hälfte seines Lebens in einer Art von Halbschlummer und wenn man ihn darin erhält, findet man ihn zur größten Regierung bereit. Aber er erwacht mitunter und hat schreckliche Auswallungen. Dann will er nichts hören, und der halb religiöse, halb militärische Fanatismus seiner Rasse treibt ihn zu den heftigsten Entschlüssen. Mit großer Unschicklichkeit hat man seit den ersten Tagen der gegenwärtigen Krise den Türken an den empfindlichsten Stellen seiner Ehre verletzt und zum Zorn und zur Verzweiflung gebracht. In einem ununterbrochenen crescendo hat man ihn zu dem psychologischen Zustand gebracht, worin er sich heute befindet; er will lieber sterben als nachgeben. Wir sprachen von der großen Masse. Sehr verständige Leute haben diese Strömung in der muslimmännischen öffentlichen Meinung oder vielmehr in dem muslimmännischen Gemüse beobachtet; sie haben dieselbe befördert und sich ihrer geschickt bedient. Sie haben erkannt, daß sie mit den materiellen Vortheilen ihrer militärischen Lage und ihrer Defensiv-Stellungen eine moralische Gewalt von fast unberechenbarer Energie verbinden könnten. Hierauf gestützt, haben sie die Pläne ihrer Gegner vereitelt; sie waren bedroht, sie sind drohend geworden. Aber erweisen wir ihnen Gerechtigkeit; sie haben diese Situation nicht nur mit Geschicklichkeit, sondern auch mit Grossmuth benutzt und auf die beschränkten Forderungen der Conferenz haben sie mit Promulgation einer Verfassung geantwortet, über welche viel gelacht, über welche viele Karikaturen und Wortspiele gemacht wurden, die aber den Keim sehr ernsthafter und mutiger Reformen enthalten. Es wäre politisch, diese Anstrengung zu unterstützen. Ohne Zweifel enthält die türkische Verfassung viele schwer auszuführende und unnötige Details, aber in Allem, was die bürgerliche Gleichheit der Christen und Muselmänner angeht, hat sie einen großartigen Charakter und eine größere Tragweite als die Forderungen der europäischen Bevollmächtigten. Warum also nicht den Rath befolgen den wir gestern gaben? Warum nicht der Pforte sagen: Wendet eure Verfassung an, führt eure Reformen aus; in drei, vier oder fünf Jahren werden wir wiederkommen, um zu constatiren, wie ihr eure Versprechen gehalten habt und in welchem Maße das Los der Christen verbessert worden ist. Die Gambetta'sche „République“ urtheilt nicht ganz so freundlich über das Verfahren der Türkei; aber indem sie den Eigentum der Pforte beklagt, glaubt sie gleichwohl nicht, daß der europäische Friede bedroht sei. „Die großen Mächte bleiben einig und wenn auch das gestern dem Fürsten Grischkoff zugeschriebene Circular nicht vollkommen authentisch ist, so scheint doch Russland selbst entschlossen, nicht vereinzelt vorzugehen.“

Es ist das ein sicheres Pfand für die Erhaltung des Friedens, denn wir glauben nicht, daß der frischgebackene Patriotismus der Türken sie antreiben wird, ihrerseits sich zum Angreifer zu machen. Die Regierung des Caures hat begriffen, daß sie sich nicht allein in das Abenteuer eines Krieges im Orient einzulassen darf, wenn ihre westlichen Nachbarn vielleicht ihr Vordringen an der unteren Donau mit unruhigem Auge sehen würden. Die Sprache der deutschen Presse war in der letzten Zeit sehr bezeichnend. Es ist also äußerst wahrscheinlich, daß das Cabinet von St. Petersburg künftig eine ebenso gemäßigte als vorsichtige Haltung beobachten wird.“ — Auf dem Gebiete der inneren Politik geht es anhaltend sehr still zu. Der Senat läßt nichts von sich hören. Die Deputirtenkammer tritt erst nächst Montag wieder zusammen und ihre erste Aufgabe von Bedeutung wird die Wahl einer neuen Budget-Commission sein. Die monarchistische Presse macht viel Aufsehen, von dem Conflict zwischen

Léon Say und Gambetta oder zwischen dem linken Centrum und der Linien, der bei dieser Wahl zu offenem Ausbrüche kommen müsse. Es bestehen allerdings, wie man weiß, in der republikanischen Partei zwei Richtungen; die einen möchten an dem sepien, von Léon Say vertheidigten Steuersystem festhalten und überdies möchten sie die Wiederholung des im vorigen Jahre ausgebrochenen Streits zwischen dem Senat und der Kammer verhindern. Wenn diese Tendenz den Sieg behauptet, wird Germain, ein Gesinnungsgegne Léon Say's, Präsident der Budgetcommission werden. Die Anderen wünschen die von Gambetta verlangten Reformen, und ihr Erfolg würde sich durch die Wahl Gambetta's zum Präsidenten kennzeichnen. Eine große Agitation macht sich aber in Folge dieses Gegensatzes in den parlamentarischen Kreisen nicht bemerklich. Die alte Budgetcommission setzt unterdessen ihre Berathungen fort, was von gemischt Journals, wie dem „Français“, als ein Gewaltmissbrauch bezeichnet wird. Sie ist aber vollständig in ihrem Rechte, und ihre Befugnisse dauern so lange, bis sie alle von der Regierung und von der Kammer ihr unterbreiteten Vorlagen geprüft haben wird. Zu diesen noch unerledigten Vorlagen gehört unter Anderem die Post- und Telegraphenreform. In Bezug hierauf hat in einer der letzten Berathungen die betreffende Commission zunächst durch die Erhöhung des Schulgeldes auf 120 Mark bemerklich geworden. — Das neue Hoftheater in Dresden schreitet seiner Vollendung rasch entgegen. Die innere künstlerische Ausstattung, welche dem Prof. Dr. Große und dem Historienmaler James Marshall übertragen ist, wird Ende Januar vollendet sein.

Rauheim, 20. Jan. [Der hiesige evangelische Pfarrer Münch] ist wegen Majestäts-Beleidigung zu fünf Monaten Festung verurtheilt worden.

Darmstadt, 20. Jan. [Gesetzvorlage.] Nach dem soeben ausgegebenen Bericht des vierten Ausschusses, erstattet vom Abg. Welcker, wird der zweiten Kammer, aus Veranlassung des Gesuchs des Vorstands der orthodox-jüdischen Religions-Gesellschaft zu Darmstadt wegen definitiv rechlicher Trennung der orthodox-jüdischen Religions-Gesellschaften von den israelitischen Gemeinden im Großherzogthum Hessen und speziell in Darmstadt, ein Ersuchen an die Staats-Regierung um eine Gesetzvorlage empfohlen, nach welcher der Austritt

Darmstadt, 20. Jan. [Der Bischof von Mainz] war bekanntlich wegen nicht ordnungsmäßiger Besetzung der Pfarrrei Tafell von dem Bezirks-Gericht in Mainz zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Der Bischof, bzw. dessen Anwalt Dr. Dumont, recurritte gegen dieses Urtheil, da das Bezirks-Gericht, nach einer in Rheinhessen bestehenden Verordnung, nicht competent gewesen sei, über den Bischof abzuurtheilen. Das Obergericht schloß sich dieser Ansicht an und vernichtete das erstinstanzliche Urtheil, wogegen nun seitens des General-Procurators am Obergericht Cassation angezeigt wurde.

In gestriger Sitzung des Cassations-Hofes kam der Fall in höchster Instanz zur Verhandlung. Der General-Procurator beantragte Verwerfung des Cassations-Gesuchs. Die Urtheils-Publication wurde auf nächsten Montag vertagt.

höchstcharakters zu sammeln, und die Bonapartisten sind in ihrem Lager so weit gekommen, daß sie sich allerlei gefährliche Geständnisse entlocken lassen, wie denn Paul de Cassagnac jüngst zu großer Erheiterung der liberalen Blätter diesen Auspruch that: „Das Kaiserreich ist die Epoche, mit welcher die Reformen aufhören und die Mordshäten beginnen;“ und ein andermal: „Die imperialistische Partei hat nicht die Aufgabe, den Parlamentarismus zu befürdern, sondern ihn dem Lande unfehlbar zu machen“ u. dergl. m. — Eines der beliebtesten Mandate der antirepublikanischen Blätter besteht darin, daß sie jeden Tag von Uneinigkeiten melden, welche zwischen dem Marshall-Präsidenten und Jules Simon ausgebrochen seien. Insbesondere, erzählt man jetzt, sollen die beiden sich in Betreff der Gnadenfrage nicht verständigen können; Jules Simon verlangt ansgedehntere Gnadenmaßregeln als sie Mac Mahon gewähren wolle. Dieser Behauptung steht heute die „Agence Havas“ ein offizielles Dementi gegenüber. Die Gnadenfrage sei im Ministerconseil noch gar nicht zur Sprache gekommen und der Conseil-président sei gegenwärtig vorsorgsweise mit den Veränderungen im Unterpräfectorialpersonal beschäftigt, die am Schlusse des Monats bekannt gemacht werden sollen. Eine andere Note derselben „Agence“ heisst mit, daß die im Justizministerium bestehende Gnadencommission nicht, wie es Anfangs hieß, durch Senatoren und Deputierte verstärkt werden soll. Unter den neuen Mitgliedern figuraen die ehemaligen Deputierten Zozon und Pichot und Faustin Hélie vom Cassationshof. Die „République française“ bestätigt, nach der „Indépendance“, daß die Gambetta'sche Partei es nicht auf die Begründung Ranc's abgesehen habe, indem sie die Ausdehnung der Gnadenmaßregeln auf die Contumacialverurtheilten verlangte. Auch wenn ihre Forderung Gehör fände, würde Ranc keinen Vortheil aus ihr ziehen, denn dieser ehemalige Landesvertreter, dessen Stellung eine exceptionelle, sei stets entschlossen gewesen, zu geeigneter Zeit seinen Proces vor dem Gerichte revidiren zu lassen.

Der „Telegraph“ hat gestern Schlag auf Schlag eine Reihe von Aussagen aus dem deutschen „Reichsanzeiger“, der „Norddeutschen Allgemeinen“ und der „National-Zeitung“ gebracht, welche beweisen, daß die Haltung der Pariser Presse seit einigen Wochen in Deutschland sehr mißfällig bemerket worden. Es wäre ungenau, zu sagen, daß diese Telegramme im Publikum keinen Eindruck gemacht haben, wenngleich die Börse sich nicht durch sie in Aufregung setzt ließ (die entschiedene Hause von gestern Nachmittag hat am Abend auf dem Boulevard noch fortgebaut). Die Blätter reagieren bisher nur schwach gegen die Warnung, welche ihnen zu Theil geworden. Sie begnügen sich, mit der „Agence Havas“ zu konstatiren, daß die Gerüchte über die Haltung des Herrn v. Werther, auf welche der „Reichsanzeiger“ anspielt, nicht in Frankreich, sondern in Konstantinopel ihren Ursprung gehabt und daß sie erst über England und Deutschland ihren Weg nach Paris gefunden haben. Damit sind allerdings die Commentare, mit welchen man diese Gerüchte ausschließt, nicht gerechtfertigt. Uebrigens sprechen die „Débats“ noch heute von der „mysteriösen Haltung Deutschlands“ und machen den Versuch, durch allerlei ironische Bemerkungen das entschiedene Dementi des „Reichsanzeigers“ zu entkräften.

Großbritannien.

London, 18. Jan. [Die beunruhigenden Nachrichten aus dem südlichen Afrika] mehren sich und stellen in jener Gegend gestörte Zeiten in Aussicht. Gestern berichteten Telegramme über bedrohliche Aussichten und feindliche Haltung der eingeborenen im Zululand. Heute bringt die „Western Morning News“ gleich unerfreuliche Meldungen von einem anderen Punkte der Kafferngrenze. Wie Cetywayo, so hält sich auch Kreli den Engländern gegenüber zweideutig. Den englischen Abgeordneten Gustave hat er vier Tage lang hingehalten, ihm die nachgesuchte Zusammenkunft abgeschlagen, und als er sie schließlich bewilligte, da weigerte er sich, daß verlangte Versprechen der Beobachtung der Grenze und Entlassung seines Heeres zu leisten. Es scheint also Argus im Schilde zu führen. Wie der Berichterstatter des genannten Blattes meldet, fürchten die Kaffern einen Angriff der Engländer und scheinen geneigt, denselben durch Trutz- und Schußmaßregeln zuvorzu kommen. Die Engländer wollen die Schuld dieser Verwüldungen der Nachbarschaft der Boers zuschieben und behaupten von diesen, daß sie die Kaffern ausgebrannt hätten. Die Kaffern befürchten nun, daß die weißen Engländer den weißen Boers beisteuern werden.

[Schuß gegen Überschwemmungen.] In einer Zusammenkunft von Vertretern der Herrschaften an der Themse zwischen Oxford und Teddington — wo die Einwirkung der Meeresfluth aufhört — wurde gestern beschlossen, Schritte zur Verhütung künftiger Überschwemmungen durch die Themse einzuleiten.

[Kirchliches.] Nächsten Dienstag tritt der neu geschaffene geistliche Appellhof zur Abhörung eines Ritualisten-Prozesses in zweiter Instanz zusammen. Neben dem geistlichen Richter Lord Penzance wohnt der Erzbischof von Canterbury den Verhandlungen als ordentlicher Richter bei, außerdem beteiligen sich vier Bischöfe — dies Mal die jüngsten, später die älteren je der Reihe nach — als Beisitzer.

A. A. C. London, 20. Jan. [Vom Hofe.] Den neuesten Dispositionen zufolge wird die Königin am nächsten Dienstag Windsor verlassen, um nach Osborne auf der Insel Wight überzufesten.

[Zur Abschaffung der Todesstrafe.] Die in letzterer Zeit ungemein häufigen Hinrichtungen in England haben eine Agitation zu Gunsten der Abschaffung der Todesstrafe ins Leben gerufen. Als Sprechsaal für diese Agitation dient merkwürdiger Weise die „Tewish Work“, die in ihrer letzten Nummer unter anderen Zuschriften von Gegnern der Todesstrafe zwei Briefe von John Bright bringt. In einem derselben drückt der „Volkstribun“ den Wunsch aus, die öffentliche Aufmerksamkeit möge auf die Frage gelenkt werden.

„Ich glaube“, — sagt er fort — „daß Mr. J. W. Praze, Parlamentsmitglied für Sud-Durham, den Gegenstand im Parlament während der darüber befindlichen Session zur Sprache bringen wird. Was meine Anhänger und unphilosophisch gemischt, und in diesem Sinne im Hause der Ge meinen darüber gesprochen.... Ich wünschte unsere vorgeblich christlichen Kirchsteller dachten so drücklich wie Sie über dieses traumatische Thema. Die ich wundere mich über die Unempfindlichkeit meiner Landsleute.“

Die Gegner der Todesstrafe in England werden Recht behalten, so lange das alte englische Criminalgesetz, welches keinen Unterschied zwischen überlegtem Mord und Todtschlag macht, fortbesteht.

[Indien.] Aus Calcutta wird dem „Bureau Renter“ unter 18. d. Ms. telegraphiert: „Die neulich wieder in Umlauf gerathenen Gerüchte bezüglich der angeblichen Absicht der Regierung, eine militärische Expedition nach der Grenze von Bengalen zu senden, entbehren der Begründung. Die militärischen Bewegungen, die Anlaß zu diesen Gerüchten geben haben mögen, haben nur den Zweck, die Regierung in Bereitschaft zu setzen zu handeln, wenn die Umstände dies ertheilen sollten.“

Provinzial-Beitung.

d. Breslau, 23. Jan. [Von der Universität.] Den Studirenden der evangelisch-theologischen Facultät wird bekannt gemacht, daß die alljährliche Prüfung für die Causs'e'sche Preis- und Stipendien-Stiftung diesmal stattfinden wird. Die beiden Preise, deren jeder bis zur Höhe von 100 Thlr. steigen kann, werden denen zu Theil, welche am besten je ein Capitel aus dem alten und neuen Testamente überfest und analysirt haben. Bei voller Confession gleichen wissenschaftlichen Leistungen Mehrerer gibt die reformierte Kirche den Auschlag. Der Rest der vorhandenen Stipendiensumme wird in kleineren Raten unter diesen bedürftigen Bewerber verteilt, welche sich demnächst durch ihre biblisch exegesischen Leistungen vortheilhaft auszeichnen, eventhalter arme Theologen reformirter Confession. Diejenigen Theilnehmern wollen, haben sich bis zum 31. Januar auf dem Secretariat

unter Beifügung ihres Abiturientenzeugnisses, des Anmeldebuches und des Pauperitätszeugnisses schriftlich zu melden. Doch steht die Bewerbung um einen der beiden Preise auch solchen zu, welche kein Pauperitätszeugnis aufweisen. — Gesuche um Aufnahme in das Sednitzky'sche Johanneum für das bevorstehende Sommer-Semester sind bis zum 1. Februar an das Curatorium der Anstalt zu richten und unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse (Reife-, Diligenz- und Pauperitätszeugnisse) an den Ephorus der Anstalt, Consistorial-Rath Prof. Dr. Meuß, einzureichen. Es ist die gewissenhafte Angabe der Beneficien, deren Genuss dem Petenten zusteht oder in sichere Aussicht gestellt ist, nicht zu versäumen. Indes können auch Bemittelte im Johanneum Aufnahme finden, wenn sie einen Beitrag zu den Kosten ihres Unterhalts in demselben übernehmen, dessen Höhe je nach ihren Vermögensverhältnissen festzustellen ist.

R. A. [Ein seltenes Jubiläum] feiert am 24. d. M. der Königl. Bau-rath Herr Linke zu Ratibor. Es ist das einer 60-jährigen amtlichen Wirkungszeit im Staatsdienst. Der Jubilar verhalf sein, mitunter recht schwieriges und anstrengendes Amt noch mit der Rüttigkeit eines Mannes. Möge es ihm vergönnt sein, zum Heil und zum Segen seines Amtsbezirkes noch recht lange zu wirken.

— ch. Görlitz, 20. Jan. [Wählerversammlung.] Die gestern Abend im Saale des Concerthaus stattgefunden Wählerversammlung zur Besprechung der Stich-Wahl-Candidaturen war die größte, welche hier seit länger als einem Jahrzehnt abgehalten ist, da sie von weit über tausend Wählern besucht war. Berufen war dieselbe von dem Comite der Vereinigten liberalen Parteien. Die Versammlung war animierter, als das hier sonst der Fall zu sein pflegt, und die Debatte lebhaft, da die Anhänger Grothes, der vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen, mit großem Aufwande von Pathos für ihren Schüling kämpften, über dessen Erfährtung und Charakter sehr ungünstig lautende Mittheilungen von anderer Seite gemacht wurden. Oberbürgermeister Gobbin wies darauf hin, daß die politischen Auslösungen in Grothes Candidaturen höchst unklar und, soweit sie verständlich, durchaus nicht im Sinne der national-liberalen Partei gewesen seien, und sein wirtschaftliches Programm gleichfalls die nötige klarheit vermisse lassen. Dr. Schuchardt teilte mit, daß er dem Redakteur der „Görlitzer Nachrichten“, Stadtrath Seidler die Einsicht in seine Bücher und Correspondenzen angeboten habe, um ihm daraus den Beweis zu liefern, daß Dr. Grothe das Vertrauen der Wählerschaft zu beanspruchen kein Recht habe, daß aber Stadtrath Seidler von dem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht und trotzdem die Wahl Grothes empfohlen habe. Auf das Erbieten Dr. Schuchardts in dem „Görlitzer Anzeiger und Nachrichten“ die Beweise für diese Behauptung zu führen, hat ihm Stadtrath Seidler geantwortet, er möge dies im Herausgebentheile thun. Dr. Schuchardt verlas außerdem einen Brief von Dr. Max Weigert, in dem Dr. Grothes Wahl entschieden widerthoben und Dr. Grothe als ein Streber der bedenklichsten Art bezeichnet wird. — Obwohl die Anhänger Grothes die Verleistung der von Dr. Schuchardt mitgebrachten Beweissätze über Dr. Grothes Verhalten auf der Moskauer Industrieausstellung v. verhinderten, und die ungünstige Charakteristik Grothes in Weiger's Schreiben aus persönlichem Haß erlassen wollten, hat die Vorlesung des Weiger'schen Schreibens allein genügt, viele Unbefangene zu überzeugen, daß die Wahl Grothes einfach unmöglich ist. Sehr treffend bemerkte einer der Wähler unter großer Zustimmung: Einem Manne, der seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter mit Injurienvorprozeß beginnen müsse, wie das Dr. Grothe in Aussicht gestellt habe, werde er seine Stimme nicht geben. Bezeichnend ist es, daß das national-liberalen Central-Wahl-Comite für die Stichwahl den geb. Oberjustizrat Starke empfiehlt und für Grothes Empfehlung ein anderer Gewährsmann genannt werden konnte, als — Herr Kaselowski, der hier völlig unbekannte neue Abgeordnete —. Auch dessen Empfehlung Grothes wurde aber von seinem anwesenden Freunde Commissionsrat Böge aus Lauban in Abrede gestellt. Der national-liberalen Abgeordnete von Görlitz, Stadtrath Lüders ließ schriftlich und mündlich gleichfalls die Wahl Starke anstreben. Ein Resultat der Versammlung war nicht festzustellen — daß die Anhänger Grothes trotz allem und allem für den Agenten der Schutzzöllner stimmen werden, läßt sich leider nicht bezeichnen.

S Grünberg, 22. Jan. [Verschiedenes.] Zu den Wahlen ist noch nachzutragen, daß auch in unserem Wahlkreise zum ersten Male die Katholiken in geschlossenen Reihen in einzelnen Dörfern bis 90 pCt. der Wahlberechtigten — für den conservativen Candidaten gestimmt haben. In conservativen Kreisen hoffte man bis zum letzten Augenblick bestimmt auf den Sieg des Herrn Neumann. Interessant ist auch das Factum, daß unser Reichstagsabgeordnete Fürst Carolath, der bestgeholt Gegner der Conservativen, sich immer entschiedener zur liberalen Partei befehlt. Versprach er schon bei den Wahlen stets im Sinne seiner liberalen Wähler zu stimmen, so hat die Dankesrede über seine Wahl lebhafte Genugthuung erregt, indem er mehr über den Sieg des liberalen Sacha als über seine Wiederwahl seine Freude ausspricht. Da der Herr Fürst zugleich die Erwartung ausspricht, daß die conservative Partei im Wahlkreise nun für immer unterlegen sei, hofft man hier allgemein, daß der Herr Fürst nicht wieder der deutschen Reichspartei beitreten dürfte, resp. daß diese Partei sich immer mehr von den conservativen Parteien trennen wird. — In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde das aus den Herren Martini, Suraschel, Delwendahl und Kargan bestehende Bureau wiedergemäßt. In der Garnisonfrage wurde Vertagung beschlossen, um weitere Information einzuholen. Hoffentlich wird die Bürgerschaft sich nicht durch unsichere Berechnungen vorher abschrecken lassen, sondern einhellig die Vertreibung Deter unterstehen, welche zum Besten der Stadt die Garnisonfrage angeregt haben. — Der hiesige Gewerbe- und Gartenbau-Verein entwickelt eine erfreuliche Thätigkeit. Es sprach in den letzten Sitzungen Herr Propstgeistlicher Grobmann über die Bereitung des Bieres und Brannweins, Mechaniker Belitzky hielt einen mit zahlreichen Experimenten begleiteten physikalischen Vortrag, ferner entwidete Herr Kunstmärtner, Lieutenant Eichler ein interessantes Bild vom Obstbau, und waren die Vorträge stets gut besucht. — Der günstige milde Winter hat den Bau der Schlüsselstrecke der Breslau-Freiburger Bahn bis nach Stettin so befördert, daß dieselbe im Februar zum ersten Male mit der Locomotive befahren und im Mai bestimmt dem Verkehr übergeben werden soll. Vorläufig sollen alsdann statt der jetzigen 2, 3 Personenzüge die ganze Linie befahren und würden wir vor Allem den so gewöhnlichen durchgehenden Frühzug bekommen, der in Cästlin Anschluß nach Berlin haben würde. Grünberg selbst wird dadurch auch Vortheil haben, daß bei besserer Verbindung die wohlhabenden Orte an der Oder zum Markt unserer Stadt besuchen werden.

Δ Ohlau, 21. Jan. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] — Voribestand des städtischen Hospitals und Krankenhaus. — Vom Standesamte.] In der ersten diesjährigen Stadtverordneten-Versammlung wurde zunächst die Bildung des Bureau und die Constituierung resp. Ergänzung der einzelnen Verwaltungs-Deputationen vollzogen. Der bereits mehrjährige Vorsteher, Herr Maurermeister Deverny, wurde mit erheblicher Majorität wiedergewählt, ebenso sein bisheriger Stellvertreter, Herr Stadtälteste Dr. Böck. Aus dem Jahresbericht über die Thätigkeit der Stadtverordneten im abgelaufenen Jahre ergibt sich, daß dieselben 17 ordentliche öffentliche und 3 außerordentliche Sitzungen abgehalten und in denselben 149 Vorlagen erledigt haben. Die durchschnittliche Frequenz betrug Zweidrittel der Mitgliederzahl. Wie wohl schon früher angezeigt worden ist, wird in Folge eines bezüglichen Kreistagsbeschlusses, von Anfang 1877 ab auch die Commune Ohlau wie andre Kreisorte zu den Leistungen für das Kreis-Kranken- und Rettungshaus herangezogen, von welchen sie bisher bereit war, da die Stadt ihre eignen, vortrefflich eingerichteten Waisen-, Kranken- und Hospital-Anstalten unterhielt. Um die Communalasse für ein und denselben Zweck nicht doppelt zu belasten, sprach sich vielfach die Ansicht aus, bezügliche städtische Anstalten müßten aus diesem Grunde sofort aufgelöst werden. Die Erwägung des Umstandes, daß wegen Raumangst nicht alle städtischen Waisenkinder im Kreis-Rettungshause, Sieche oder an ansteckenden Krankheiten Leidende statuenmäßig überhaupt gar nicht im Kreis-Krankenhaus Aufnahme finden können, veranlaßte jedoch die städtischen Behörden zu dem Beschlüsse, oben bezeichnete städtische Wohltätigkeitsanstalten in beschränktem Umfange vorläufig noch bestehen zu lassen. Der größte Theil der städtischen Waisenkinder wurde bereits an das Kreis-Rettungshaus in Baumgarten abgegeben; dasselbe geschieht bezüglich der Kranken, insofern sie im Kreis-Krankenhaus Aufnahme finden können. Ein Theil des städtischen Krankenhauses dürfte sodann zu einem Contagienhaus eingerichtet werden, wodurch die Errichtung eines solchen, wie sie bereits projectirt war, überflüssig wird. Ein seit dem 1. d. M. in Kraft getretenes Ortsstatut sichert den Fabrikherren, Handwerkern und Dienstherren bei Erkrankung ihrer Arbeiter, Lehrlinge, Gesellen und Dienstboten die sofortige Aufnahme im städtischen Krankenhaus, für den Fall, daß sie aus irgend einem Grunde im Kreis-Krankenhaus nicht erfolgen kann, gegen Zahlung eines freiwilligen Abonnements-Beitrages. Gewiß eine ernsthafte Oferie in allen Fällen, wo die Pflege eines Kranken aus obigen Kategorien zu Hause kaum zu ermöglichen ist. — Bei dem, einzigen den Stadtbezirk umfassenden hiesigen Standesamte wurde während des Jahres 1876 angemeldet

59 Eheschließungen, 252 Sterbefälle und 310 Geburten (257 cheliche und 53 uneheliche), so daß 53 Personen mehr geboren wurden, als gestorben sind.

— m. Königsbrück, 21. Jan. [Vom Gymnasium. — Besetzung der Polizei-Inspectorstelle. — Proces. — Vorbereitung.] Nachdem Herr Dr. Radtke-Plesch die vor länger als einem Jahre auf ihn getroffene Wahl zum Dirigenten unserer höheren Knaben-Schule, deren Ernennung zum Gymnasium in kürzester Zeit mit Sicherheit erfolgen wird, abgelehnt hat, sah der hiesige Magistrat sich veranlaßt, bereite Stelle neuerdings abermals auszuschreiben. Unter den daraus einlaufenden Melungen wurde die des Herrn Dr. Broof, Rector am Progymnasium zu Friedeberg u. M., berücksichtigt. In der am 18. d. stattgefundenen Maßtraktionsstiftung ist genannter Herr mit Stimmen-einheit zum Director quäst. Anstalt gewählt worden. Hassen wir, daß diese Wahl für die Entwicklung und das Gediehen unseres Gymnasiums eine segensvolle sein werde. — In Folge vorgenommener Reorganisation des städtischen Polizeiwesens ist der Posten eines Polizei-Inspectors neu erweitert worden. In genannter Stiftung stand die Besetzung derselben statt, und zwar durch die Wahl des Polizei-Commissarius Herrn Bräde zu Liegnitz. — Seit längerer Zeit steht unsere städtische Behörde im Proces mit der Direction des Oberschlesischen Eisenbahnen wegen eines von der Stadt nach dem Bahnhof führenden Weges. Nach dem neuerdings vom Kreisausschuß gefallten Urteil ist die Stadt der unterliegende Theil, indem sie, außer zur Tragung der entstandenen Proceskosten, zur ordnungsmäßigen Bebauung und Unterhaltung bereiter Straße verurtheilt worden ist. Der Magistrat hat unter Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen, gegen dieses Urteil beim Verwaltungsgericht zu rekurrieren, da erwähnte Straße nicht, wie der Kreisausschuß voraussetzt, eine öffentliche sei, sondern einen integrierenden Theil des Bahnhofs bilden. — In Herrn Rosenbaums Hotel fand am 20. d. auf Einladung des liberalen Wahlcomitee eine Versammlung hiesiger Bürger statt, beabs. Befreiung der Aussicht liberaler Kandidaten für die am 29. d. stattfindende Stadtverordnetenwahl dritter Abteilung. Es wurden aufgestellt: für den 1. Bezirk Herr Dr. Schottländer und Herr Kaufmann Drava, für den 2. Bezirk Herr Grubensteiger Fritz Schneider, für den 3. Bezirk Herr Hüttmeister Seidler und für den 4. Bezirk die Herren Obermeister Wörbs und Lindau.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 22. Jan. Im gestrigen Privatverkehr waren österreichische Creditactien ziemlich fest, Franzosen und Lombarden angeboten. Im Uebrigen blieb der Umsatz gering. Gegen den Schluss schwächte sich die Haltung etwas ab. Es notirten: Creditactien 231—232, 50 bis 231, 50, Franzosen 392, 50—393—391, Lombarden 122—121, 1860er Jahre 99, 50—99, 25, Silberrente 54, 90, Papierrente 49, 50 bis 49, 30, Goldrente 60, 50—60, 25, Italiener 71, 25—71, 40—71, 25, 5 % Türken 11, 90, Rumänen 14, 10—14, Köln-Mindener Bahn 101, Bergisch-Märkische Bahn 80, 10—80, 25, Rheinische Bahn 110, 25—110, 40, Galizier 83, 75—83, 50, Laurahütte 70, 50, Disconto-Commissarien 107, 25—107, 50—107, 25, 5 % Russen 81, 25 bis 81, 25.

Die Börse entbehrt heut jeder Anregung, da weder die politischen Nachrichten wesentlich Neues brachten, noch die von anderen Börsenplänen ein treffenden Courstelegramme, die fest lauteten, erhebliche Schwankungen erkennen ließen. Mit der Ultimo-Regulirung wurde zwar heut begonnen, jedoch blieb der Verkehr derart gering, daß sich bestimmte Prolongationsfälle kaum angeben lassen. Das Prolongations-Geschäft drohte sich nur um österreichische Creditactien und 1860er Jahre, letztere bedangen incl. Spielrecht 1 % pCt. Die internationalen Speculations-Papiere unterlagen nur sehr mäßigen Schwankungen und zeigten sich auch gegen die Lage zuvor kaum verändert; für Lombarden und Franzosen herrschte Angebot vor, während Credit sich fast hielt; auffallend war, daß von russischen Anleihen, wie es schien, von einer Seite ausgehend, größere Posten sich haben ließen. Österreichische Nebendahmen bekundeten eine ziemlich feste Haltung, blieben aber im Verkehr sehr still. Nur Galizier gingen lebhafter um. Locale Speculationseffekte traten wenig in Umsatz. Disconto-Commandit-Anleihen behaupteten gute Festigkeit und notirten etwas höher als am Sonnabend. Dortmunder Union und Laurahütte fast absolut geschäftslos. Disconto-Commandit 107, 50 ult. 107, 50—107, 40—107, 50. Laurahütte 70, 70. Ausländische Staatsanleihen eröffneten in recht fester Stimmung, ließen dann aber etwas nach, immerhin vermochten sie aber das geistige Courstiteau zu behaupten. Österreichische Renten still. Italiener vernachlässigt. Russische Werthe schwächer. Fundierte Anleihen nachgebend. Prämieneinleihen zu höherem Course offerirt. Spec. Anleihen pr. ultimo 81—80, 75—81. Preußische und andere deutsche Staatspapiere blieben sehr ruhig. Einheimische Eisenbahnprioritäten fester. Größere Umsätze fanden in Freiburger 4½ proc, Hannover-Altenberner und Magdeburg-Leipziger Lit. B. statt. Österreichische Prioritäten unbeliebt. Russische fest, aber still, für Kurst-Kiew und Rjasan-Koslow lagen nicht unbedeutende Kaufores vor, doch zeigte es an disponiblem Material. Auf dem Eisenbahnmarkte stagnierte der Verkehr fast ganz, nur einige leichte Bahnactien fanden mehr Aufmerksamkeit, Schweizerische Westbahn besser, Märkisch-Posen steigend, Rumänen angeboten, ebenso Berlin-Dresdener Stammbahn. Preußische Central-Boden-Credit zu höherem Course in guter Lage, Preußische Boden-Credit zog ebenfalls im Course an, Leipziger Credit besser. Deutsche Bank anziehend, Börsen-Handelsverein erhöhte die Notiz. Schaffhausen angeboten. Sächsische Bank matt, Centralbank für Bauten schwach, Gewerbebank niedriger. Industriepapiere wenig beachtet. Reichseisenbahnbau gingen ebenso wie Deutsche Eisenbahnbau in größeren Posten um. Dessauer Gas und Magdeburger Gas steigend. Pinneberger Union erfreuten sich regerer Nachfrage

